

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2001

Ausgegeben am 23. Jänner 2001

Teil III

18. Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Ukraine über die Zusammenarbeit bei den freiwilligen Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes

18.

ABKOMMEN

ZWISCHEN DER ÖSTERREICHISCHEN BUNDESREGIERUNG UND DER REGIERUNG DER UKRAINE ÜBER DIE ZUSAMMENARBEIT BEI DEN FREIWILLIGEN LEISTUNGEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH AN EHEMALIGE SKLAVEN- UND ZWANGSARBEITER DES NATIONALSOZIALISTISCHEN REGIMES

DIE ÖSTERREICHISCHE BUNDESREGIERUNG UND DIE REGIERUNG DER UKRAINE, im folgenden „die Vertragsparteien“ genannt,

IN DER ERKENNTNIS, dass Diktatur und Krieg den Fremdenhass, die Unfreiheit, Rassismus, Intoleranz und Massenmord brachten und dass die Einmaligkeit und Unvergleichbarkeit des Verbrechens des Holocaust, der Völkermord an slawischen und anderen Völkern Mahnung zu ständiger Wachsamkeit gegen alle Formen von Diktatur und Totalitarismus sind,

IN DER ÜBERZEUGUNG, dass nur durch Gerechtigkeit und Versöhnung dauerhafte Stabilität und ein friedliches und sicheres Miteinander gewährleistet werden können sowie das Wissen und die Sensibilität für die Strukturen und Mechanismen des nationalsozialistischen Unrechtssystems den künftigen Generationen als Mahnung für die Zukunft weitergegeben werden müssen,

VON DEM WUNSCH GELEITET, Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien zu schaffen, um ehemaligen Sklaven- und Zwangsarbeitern des nationalsozialistischen Regimes auf dem Gebiete der heutigen Republik Österreich eine freiwillige Leistung der Republik Österreich unter Berücksichtigung der Verantwortung der betroffenen Unternehmen zu geben,

IN DER ERKENNTNIS, dass durch diese freiwillige Leistung der Republik Österreich ein wesentlicher Beitrag zu Versöhnung, Frieden und Verständigung der Völker in Europa gesetzt wird,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Definitionen

Für die Zwecke dieses Abkommens

(1) bezeichnet der Begriff „Fonds“ den durch österreichisches Bundesgesetz eingerichteten Fonds für freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes (Versöhnungsfonds).

(2) bezeichnet der Begriff „Stiftung“ die von der Ukraine gegründete Nationale Stiftung „Verständigung und Aussöhnung“.

Artikel 2

Gegenstand des Abkommens

Die österreichische Bundesregierung wird den Fonds veranlassen, in einem Höchstmaß von ÖS 1 080 Millionen über die Stiftung einmalige finanzielle Beiträge an natürliche Personen zu leisten, die vom nationalsozialistischen Regime auf das Gebiet der heutigen Republik Österreich deportiert und zur

Sklaven- oder Zwangsarbeit verpflichtet wurden, im Zeitpunkt ihrer Deportation sowjetische Staatsbürger waren und am 15. Februar 2000 ihren ständigen Wohnsitz in der Ukraine oder Moldau hatten. Dies gilt auch für Personen mit heutigem ständigen Wohnsitz in den ehemaligen Teilrepubliken der Sowjetunion mit Ausnahme der Russischen Föderation, Belarus, Litauen, Lettland und Estland, wenn sie aus dem Gebiet der heutigen Ukraine oder Moldau deportiert wurden.

Artikel 3

Grundsätze für den Empfang von Leistungen

(1) Als Leistungsempfänger kommen ehemalige vom nationalsozialistischen Regime auf das Gebiet der heutigen Republik Österreich deportierte Sklaven- oder Zwangsarbeiter, insofern sie keine Leistungen aus dem Titel ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeit von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ der Bundesrepublik Deutschland erhalten können, in Betracht, nämlich

- a) Sklavenarbeiter (ÖS 105 000),
- b) Zwangsarbeiter in der Industrie (ÖS 35 000),
- c) Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft (ÖS 20 000),
- d) mitdeportierte Kinder und Minderjährige vor Vollendung des 12. Lebensjahres und Kinder, die während des Zwangsarbeitseinsatzes ihrer Mutter auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich geboren wurden (je nach Kategorie der Eltern), und
- e) weibliche Zwangsarbeiter, die Kinder in Ostarbeiterinnenentbindungsheimen zur Welt brachten oder zum Schwangerschaftsabbruch genötigt wurden (zusätzlich ÖS 5 000),

die im Zeitpunkt ihrer Deportation sowjetische Staatsbürger waren und am 15. Februar 2000 ihren ständigen Wohnsitz in der Ukraine oder Moldau hatten, ebenso Personen mit heutigem ständigen Wohnsitz in den ehemaligen Teilrepubliken der Sowjetunion mit Ausnahme der Russischen Föderation, Belarus, Litauen, Lettland und Estland, wenn sie aus dem Gebiet der heutigen Ukraine oder Moldau deportiert wurden.

(2) Leistungen sind höchstpersönlich und ausdrücklich zu beantragen. Personen, deren vollständige und überprüfte Unterlagen über die von ihnen geleistete Sklaven- und Zwangsarbeit sich im Besitz der Stiftung befinden, sind nicht verpflichtet, neue Anträge auf Auszahlungen einzureichen. Ist der Leistungsberechtigte am oder nach dem 15. Februar 2000 verstorben, treten an seine Stelle die Erben nach ukrainischem Recht. Ein Rechtsanspruch auf Leistungen gemäß diesem Abkommen besteht nicht.

(3) Der Antragsteller hat die Leistungsvoraussetzungen durch Urkunden nachzuweisen oder auf andere Weise glaubhaft zu machen. Beim Empfang der Leistung ist eine Erklärung abzugeben, dass auf die Geltendmachung von Forderungen gegen die Republik Österreich und österreichische Unternehmen und gegen die Bundesrepublik Deutschland und deutsche Unternehmen für Sklaven- und Zwangsarbeit gemäß diesem Abkommen unwiderruflich verzichtet wird.

(4) Die österreichische Bundesregierung und die Regierung der Ukraine informieren einander gesondert über die Einzelheiten der Regelung für Empfang und Umfang der Leistungen.

Artikel 4

Grundsätze für die Erbringung der Leistung

(1) Die Auszahlung der vom Fonds zur Verfügung gestellten Mittel erfolgt durch die Stiftung. Mittel des Fonds werden je nach Bedarf innerhalb kürzest möglicher Frist auf Grund der von der Stiftung übermittelten und vom Fonds stichprobenartig überprüften Listen der Personen gemäß den in Artikel 3 Absatz 1 genannten Kategorien, die die Leistungsvoraussetzungen erfüllen, zugewiesen.

(2) Die Zahlungen erfolgen in konvertibler Währung (Devisen) auf das Konto der Stiftung, das die Regierung der Ukraine der österreichischen Bundesregierung angeben wird.

(3) Die Regierung der Ukraine verpflichtet sich, Leistungen nach diesem Abkommen von allen Abgaben, Steuern und Gebühren zu befreien, die Leistungen ohne Abzüge weiterzugeben und insbesondere keine Minderung von Einkünften der Leistungsberechtigten aus dem System der sozialen Sicherheit, dem Gesundheitswesen oder aus anderen Bereichen herbeizuführen.

(4) Die Stiftung wird dafür Sorge tragen, dass Personen, deren Anträge auf Leistungen sie abgewiesen hat, die Möglichkeit der Anrufung einer Beschwerdestelle der Stiftung eingeräumt wird.

(5) Im Interesse größtmöglicher Transparenz bei der Durchführung dieses Abkommens ist eine entsprechende regelmäßige internationale Wirtschaftsprüfung der Stiftung vorzusehen, deren Auswahl im Einvernehmen zwischen Stiftung und Fonds zu treffen ist. Die anfallenden Kosten werden vom Fonds übernommen.

(6) Bei der Gewährung der Leistung ist Vorsorge zu treffen, dass die österreichische Herkunft der Mittel und der Leistungszweck gegenüber den Leistungsberechtigten und der Öffentlichkeit entsprechend betont werden.

(7) Einzelheiten der Leistungserbringung sind in Verträgen zwischen dem Fonds und der Stiftung zu regeln. In diesen Verträgen ist auch die Übernahme der angemessenen Deckung der bei der Stiftung entstehenden Personal- und Sachkosten durch Mittel des Fonds zu regeln. Weiters ist sicherzustellen, dass es bei Sklaven- und Zwangsarbeit, die teilweise sowohl im Leistungsbereich der deutschen Stiftung, als auch in jenem des Fonds geleistet wurde, zu keinen Doppelzahlungen kommt.

Artikel 5

Datenschutz

(1) Die Stiftung und der Fonds sind berechtigt, von Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen Auskünfte einzuholen, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Eine Auskunftserteilung unterbleibt, soweit besondere gesetzliche Bestimmungen dem entgegenstehen oder die schutzwürdigen Geheimhaltungsinteressen des Betroffenen die berechtigten Informationsinteressen der Stiftung oder des Fonds überwiegen.

(2) Die eingeholten Auskünfte dürfen nur für die Erfüllung der Zwecke nach diesem Abkommen, personenbezogene Daten eines Antragstellers nur für das Verfahren zur Leistungsgewährung verwendet werden. Die Verwendung dieser Daten für andere Zwecke ist zulässig, wenn der Antragsteller ausdrücklich zustimmt.

Artikel 6

Vertretung

(1) Die Regierung der Ukraine kann einen Vertreter als Mitglied in das Kuratorium des Versöhnungsfonds entsenden.

(2) Die Regierung der Ukraine wird dafür Sorge tragen, dass vom Fonds zu benennenden Personen gestattet wird, in die Arbeiten der Stiftung, die mit der Durchführung dieses Abkommens zusammenhängen, Einsicht zu nehmen.

Artikel 7

Rechtssicherheit

Die Ukraine wird weitere Forderungen ihrer Staatsbürger gegenüber der Republik Österreich oder österreichischen Unternehmen aus dem Titel ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeit unter dem nationalsozialistischen Regime auf dem heutigen Gebiet der Republik Österreich nicht geltend machen und weder vertreten noch unterstützen.

Artikel 8

Anträge früherer sowjetischer und ukrainischer oder heutiger ukrainischer Staatsbürger außerhalb des Abkommens

Dieses Abkommen berührt nicht die Möglichkeit früherer sowjetischer und ukrainischer oder heutiger ukrainischer Staatsbürger, die nicht unter dieses Abkommen fallen, Anträge direkt an den Fonds zu richten.

Artikel 9

Inkrafttreten

Dieses Abkommen tritt an dem Tage in Kraft, an dem die letzte schriftliche Mitteilung in Empfang genommen wird, mit denen die Vertragsparteien einander über die Erfüllung der innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens in Kenntnis gesetzt haben.

GESCHEHEN zu Wien, am 24. Oktober 2000, in zwei Urschriften, jede in deutscher und ukrainischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen authentisch ist.

Für die Österreichische Bundesregierung:

Dr. Wolfgang Schüssel

Für die Regierung der Ukraine:

Olexander Maidannyk

УГОДА

МІЖ ФЕДЕРАЛЬНИМ УРЯДОМ РЕСПУБЛІКИ АВСТРІЯ ТА УРЯДОМ УКРАЇНИ ПРО

СПІВРОБІТНИЦТВО ЩОДО ДОБРОВІЛЬНИХ ВИПЛАТ РЕСПУБЛІКИ АВСТРІЯ ОСОБАМ, ЩО ЗАЛУЧАЛИСЯ ДО РАБСЬКОЇ АБО ПРИМУСОВОЇ ПРАЦІ ЗА ЧАСІВ НАЦІОНАЛ- СОЦІАЛІСТСЬКОГО РЕЖИМУ

Федеральний уряд Республіки Австрія та Уряд України,

далі “Договірні Сторони”,

УСВІДОМЛЮЮЧИ, що диктатура і війна несуть з собою шовінізм, позбавлення свободи, расизм, нетерпимість і масові вбивства, а безпрецедентність злочинів Холокосту і геноциду слов’янських та інших народів є нагадуванням про необхідність постійної пильності щодо будь-яких форм диктатури і тоталітаризму,

БУДУЧИ ПЕРЕКОНАНИМИ, що тільки справедливість та примирення можуть забезпечити тривалу стабільність та мирне і безпечне співіснування, а знання і загострене сприйняття структур і механізмів націонал-соціалістської протиправної системи мають бути передані прийдешнім поколінням як пересторога на майбутнє,

КЕРУЮЧИСЬ БАЖАННЯМ започаткувати співпрацю між договірними сторонами з метою забезпечення добровільних виплат Республіки Австрія

особам, що перебували на рабських та примусових роботах на території нинішньої Республіки Австрія за часів націонал-соціалістського режиму, з урахуванням відповідальності відповідних підприємств,

УСВІДОМЛЮЮЧИ, що цими добровільними виплатами Республіка Австрія робить вагомий внесок у справу примирення, збереження миру та взаєморозуміння між народами у Європі,

ДОМОВИЛИСЬ ПРО ТАКЕ:

СТАТТЯ 1 ВИЗНАЧЕННЯ

Для цілей Угоди

(1) термін “Фундація” означає “Фонд примирення, миру та співпраці” (Фонд примирення), створений відповідно до австрійського федерального закону “Про Фонд добровільних виплат Республіки Австрія колишнім працівникам рабської або примусової праці націонал-соціалістського режиму (Закону “Про Фонд примирення”).

(2) термін “Фонд” означає заснований в Україні Національний фонд “Взаєморозуміння та примирення”

СТАТТЯ 2 ПРЕДМЕТ УГОДИ

Федеральний уряд Республіки Австрія доручає “Фундації” з максимальної загальної суми 1 мільярд 80 мільйонів австрійських шилінгів здійснити через “Фонд” одноразові грошові виплати фізичним

особам, які були депортовані нацистським режимом на територію нинішньої Республіки Австрія, де залучалися до рабської та примусової праці, і на момент депортації були радянськими громадянами, а станом на 15 лютого 2000 р. постійно проживали в Україні або Молдові. Це стосується також осіб, які сьогодні постійно проживають на території інших колишніх республік СРСР за винятком Російської Федерації, Білорусі, Литви, Латвії та Естонії якщо вони були депортовані з території нинішніх України або Молдови.

СТАТТЯ 3 ПІДСТАВИ ДЛЯ ОТРИМАННЯ ВИПЛАТ

(1) Отримувачами грошових виплат можуть бути колишні працівники, залучені до рабської та примусової праці, які були депортовані націонал-соціалістським режимом на територію нинішньої Республіки Австрія, якщо вони не зможуть отримати виплати з фонду “Пам”ять, відповідальність і майбутнє” Федеративної Республіки Німеччина, на підставі свого статусу рабського та примусового працівника, а саме:

- а) особи, що залучалися до рабської праці (105 000 австр. шил.);
- б) особи, що залучалися до примусової праці в промисловості (35 000 австр. шил.);
- в) особи, що залучалися до примусової праці у сільському господарстві (20 000 австр. шил.);
- г) депортовані разом з батьками діти і неповнолітні до виповнення 12 років та діти, народжені під час перебування їх матерів на примусових роботах на території нинішньої Австрії (відповідно до категорії батьків);

д) примусові працівники жіночої статі, які народили дітей у пологових будинках для “остарбайтерів” або змушені були зробити аборт (додатково 5 000 австр. шил),

які на момент депортації були радянськими громадянами і станом на 15 лютого 2000 р. постійно проживали в Україні або Молдові, а також особи, які сьогодні постійно проживають на території інших колишніх республік СРСР за винятком Російської Федерації, Білорусі, Литви, Латвії та Естонії, якщо вони були депортовані з території нинішніх України або Молдови.

(2) Заява на отримання виплат складається особисто і аргументовано. Особи, чий укомплектовані та перевірені документи, що свідчать про їх залучення до рабської та примусової праці, вже має “Фонд”, не зобов’язані подавати нові заяви на отримання виплат. Якщо особа, яка мала право на отримання виплати, померла 15 лютого 2000 р. або після цієї дати, це право отримують її спадкоємці відповідно до законодавства України. Отримання виплат згідно з цією Угодою через суд не передбачено.

(3) Заявник має підтвердити своє право на грошову виплату відповідними документами або в інший спосіб довести таке право. При отриманні виплати складається заява про остаточну відмову від подальших претензій до Республіки Австрія та австрійських фірм, а також до Федеративної Республіки Німеччина та німецьких підприємств щодо виплат за рабську та примусову працю згідно з цією Угодою.

(4) Федеральний уряд Республіки Австрія та уряд України інформують один одного окремо про деталі регулювання процесу отримання виплат та їхніх обсягів.

СТАТТЯ 4

ОСНОВНІ УМОВИ ЗДІЙСНЕННЯ ВИПЛАТ

(1) Виплата коштів, які надає “Фундація”, відбувається через “Фонд”. Кошти надаватимуться “Фундацією” відповідно до потреб у найкоротший термін на підставі наданих “Фондом” та вибірково перевірених “Фундацією” списків осіб, згідно з визначеними в абзаці 1 статті 3 категоріями, які відповідають вимогам до осіб, що мають право на отримання виплат.

(2) Виплати здійснюються у вільно конвертованій валюті та перераховуються на рахунок “Фонду”, банківські реквізити якого Федеральному уряду Республіки Австрія повідомляє Уряд України.

(3) Уряд України зобов’язується звільнити грошові виплати від податків та зборів (обов’язкових платежів), виплатити їх без відрахувань і, зокрема, не допустити, щоб виплати призвели до скорочення надходжень з системи соціального забезпечення, медичного забезпечення або з інших джерел для осіб, які мають право на отримання виплат.

(4) Фонд вживатиме заходів для того, щоб особи, чиї заяви будуть відхилені, могли б звертатися з апеляцією.

(5) В інтересах якомога більшої прозорості процесу реалізації Угоди передбачається регулярний міжнародний аудит “Фонду”, при цьому склад перевіряючих визначається за взаємною згодою “Фундації” та “Фонду”. Витрати на перевірки несе “Фундація”.

(6) При здійсненні виплат особливо звертатиметься увага отримувачів і громадськості на австрійське походження коштів та мету виплат.

(7) Деталі механізму виплати коштів отримувачам регулюються договорами між “Фундацією” та “Фондом”. Цими ж договорами регулюється відповідне покриття видатків “Фонду” на утримання персоналу та інші матеріальні видатки з коштів “Фундації”. Також мають бути вжиті заходи щодо запобігання подвійним виплатам особам у випадках, коли рабська та примусова праця мала місце частково в зоні компетенції німецького фонду, а також цієї “Фундації”.

СТАТТЯ 5

Захист даних

(1) “Фонд” та “Фундація” мають право на отримання та використання, з метою виконання цієї Угоди та згідно з національним законодавством держав Договірних Сторін, інформації від урядових установ та громадських організацій. У наданні інформації може бути відмовлено, якщо її поширення забороняється законом або в разі, коли інтереси особи, які охороняються законом щодо нерозповсюдження інформації, мають більше значення, ніж виправданий інтерес “Фонду” або “Фундації”.

(2) Отриман інформація має використовуватись лише для досягнення мети цієї Угоди, дані щодо особи заявника - лише для розгляду питання про призначення йому виплати. Використання цих даних з іншою метою допустиме лише з дозволу подавача заяви.

СТАТТЯ 6 ПРЕДСТАВНИЦТВО

(1) Уряд України має право делегувати свого представника до виконавчого органу “Фундації” (Кураторіуму).

(2) Уряд України має забезпечити можливість, призначеним “Фундацією” особам ознайомлюватись з роботою “Фонду”, пов’язаною з виконанням цієї Угоди.

СТАТТЯ 7 Правові гарантії

Україна не буде визнавати, представляти та підтримувати претензії своїх громадян до Республіки Австрія та австрійських підприємств щодо статусу колишніх рабських або примусових працівників на території нинішньої Республіки Австрія за часів націонал-соціалістського режиму.

СТАТТЯ 8 ЗАЯВИ (ПРЕТЕНЗІЇ) КОЛИШНІХ РАДЯНСЬКИХ ТА УКРАЇНСЬКИХ, А ТАКОЖ НИНІШНІХ ГРОМАДЯН УКРАЇНИ ПОЗА ЦІЄЮ УГОДОЮ

Ця Угода не позбавляє права колишніх радянських та українських, рівно як і нинішніх громадян України, на яких не поширюється дія цієї Угоди, подавати заявки безпосередньо до “Фундації”.

Стаття 9
НАБУТТЯ ЧИННОСТІ

Угода набирає чинності з дати отримання останнього з письмових повідомлень Договірних Сторін про виконання внутрішньодержавних процедур, необхідних для набуття цією Угодою чинності.

Вчинено у м. Відень 24 жовтня 2000 року в двох примірниках, німецькою та українською мовами, при чому обидва тексти мають однакову силу.

За Федеральний уряд
Республіки Австрія
Dr. Wolfgang Schüssel

За Уряд
України
Olexander Maidannyk

Die Mitteilungen gemäß Art. 9 des Abkommens langten am 5. bzw. 11. Dezember 2000 bei den Vertragsparteien ein; das Abkommen ist gemäß seinem Art. 9 mit 11. Dezember 2000 in Kraft getreten.

Schüssel